



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Deutschland als Industriestaat

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Großstädten, als leuchtendes Beispiel bahnmachend vorangehn. Bedientensinn und Rastenhochmut im Beamtentum sind das schlimmste Unkraut für die gesunde Sozialreform und die beste Vorfrucht für die sozialdemokratische Verfeuchung.



Deutschland als Industriestaat



Unter den zahlreichen Büchern, die uns der Streit um den Industriestaat beschert, dürfte das Werk: Deutschland als Industriestaat von Dr. F. C. Huber, Professor an der Technischen Hochschule und Sekretär an der Handelskammer zu Stuttgart (Stuttgart, F. G. Cottas Nachfolger, 1901), zu den nützlichern gehören. Der Verfasser will für die praktische Lehrmethode „des Altmeisters List“ Anhänger gewinnen, der die Professoren und die Diplomaten gering schätzte und meinte, nur in der Fabrik und in den übrigen Großbetrieben der Industrie könne man das heutige Wirtschaftsleben verstehn lernen: den Scharfsinn des Ingenieurs, den Unternehmungsgeist des Kaufmanns, „die wunderbare Organisation, die, wie innerhalb der einzelnen Fabrik, so auch innerhalb der gesamten Volks- und Weltwirtschaft den einzelnen Familien eine neue gesicherte (?) Existenz, sowie der heutigen Macht und dem künftigen Wachstum der Größe des Deutschen Reiches den festen Boden gegeben hat. Dann wird der Vergleich der Meisterwerke der hervorragenden Geisteshelden von einst und jetzt zeigen, wohin der moderne Fortschritt zielt, nämlich dahin, daß die große Industrie und der Großverkehr die Frucht der gesamten Geistesarbeit in den Dienst einer immer größern Gesamtheit stellt.“ Auf diesem Wege werde die Nationalökonomie einen sichern Halt gewinnen „gegenüber den sich vordrängenden pessimistischen Augenblicksstimmungen und den aus einer überwundenen Entwicklungsperiode herrührenden Prätensionen.“ Zu diesem Zweck behandelt Huber im ersten Teil seines 512 Seiten starken Buches die geschichtliche Entwicklung der „Gewerbekraft“ des Deutschen Reiches, den heutigen Stand dieser Gewerbekraft, den Einfluß der industriellen und kommerziellen Umgestaltung, die allmähliche Ausgestaltung des Industriestaats, die wirtschaftliche Lage des Deutschen Reichs, die internationale Gesamtwirtschaft und den „Kaufpreis für die Industrialisierung.“ Der zweite Teil stellt den gegenwärtigen Stand der einzelnen Industriezweige des Deutschen Reiches statistisch dar. Auf Originalität kann der Abschnitt Seite 146 bis 194 Anspruch machen, der die Verwendung der auswärtigen Politik und der Kolonisation für die Volkswirtschaft behandelt; daraus wollen wir die Hauptgedanken mitteilen.

Bei den heutigen Bestrebungen „handelt es sich nicht mehr bloß um den Industriestaat, auch nicht mehr allein um den Anteil an der Weltwirtschaft oder um die Zollpolitik gegen die nächsten Nachbarn, sondern um eine Handels- und Schifffahrtspolitik im großen Stil, um die Erlangung und Behauptung der

Stellung als weltexpansive Großmacht, als Kolonialmacht, als internationaler Gläubigerstaat.“ In einigen Zügen ist diese neue imperialistische Expansionspolitik dem alten Merkantilismus ähnlich. Auch damals strebten die konkurrierenden Nationen nach gegenseitiger Abschließung, während zugleich die Erschließung überseeischer Gebiete ihren Interessen- und Gesichtskreis erweiterte; auch damals standen Landwirtschaft und Handwerk, freilich in andrer Weise als heute, der Ausbreitung der Industrie im Wege. Den merkantilistischen Staatsmännern gelang es, die einander gegenüberstehenden Interessen durch Hinlenkung auf den Kolonialerwerb zu „sammeln.“ Mit der brutalen Unterjochung und Auswucherung der Tropenbewohner und der Niederwerfung der europäischen Konkurrenten verbanden sich die Anknüpfung friedlicher Handelsbeziehungen und die planmäßige Anregung fruchtbarer Arbeit. Zugleich war man auf die Verstärkung von Heer und Flotte bedacht. Zu einigem Wohlstand, lehrten die Ökonomen, könne auch ein isoliertes Volk, zu Reichtum nur ein Volk gelangen, das den direkten Seehandel mit den Tropen und den Zwischenhandel für andre hochkultivierte Nationen in der Hand habe, und diese Stellung könne nur durch die *Potentia navalis* oder *militaris* errungen werden. Wie im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert Holland, so spornt heute England die Völker an, auf solchen Wegen Reichtum zu suchen [oder die Not abzuwehren]. Die 1823 verkündigte Monroedoktrin war ein Niederschlag der allgemein herrschenden Anschauung. [Das stimmt nicht. Der Grundsatz: Amerika für die Amerikaner, hat mit den merkantilistischen Balgereien des alten Europas gar nichts zu schaffen. Erst mit der Annexion der Philippinen haben die Yankee, nicht durch Not gedrängt, sondern von Übermut und Habgucht verlockt, die Grenzen verständiger und friedlicher Selbstbehauptung überschritten.] Die Freihandelslehre verlor an Boden, der Brot- und Futterneid wurde für die Politik maßgebend; in Frankreich verstärkte er die Revancheidee, und in England spricht man es ungeschämt aus, daß die deutsche Konkurrenz niedergeworfen werden müsse. Am spätesten haben diese Gedanken in Deutschland Wurzel geschlagen. Heute geht die allgemeine Meinung dahin: nicht bloß für Inselstaaten und die Vereinigten Staaten ist die Seepolitik die Quelle sichern Gewinns und der Schwerpunkt ihrer Macht. [Sollte das wirklich ein Mensch von den Vereinigten Staaten glauben? Der müßte doch blind sein. Worauf ihre Macht beruht, lehrt ein Blick auf die Landkarte. Daß aus der Größe und Fruchtbarkeit ihres Gebiets ihr Reichtum erwachsen ist, lehrt ihre Geschichte, und wie wenig die Seepolitik dazu beigetragen hat, haben wir u. a. soeben aus dem vierzehnten Grenzbotenheft erfahren.] Auch für die Festlandstaaten gilt dasselbe. Die politische Großmachtsstellung muß auf dem kommerziellen, finanziellen und kolonialen Gebiet gewahrt werden, die wirtschaftliche Vorherrschaft aber kann nicht erworben und behauptet werden, wenn nicht ein Teil der wirtschaftlichen Kraft in politische Macht umgesetzt wird. So hängt denn das Wirtschaftsleben eng mit dem Militarismus zusammen. Im sechzehnten Jahrhundert sollten Handel, Industrie und Kolonien den Fürsten die Kriegskasse füllen. Heute ist die ständige Kriegsbereitschaft: der Versuch der Staaten, die Konkurrenten durch Wettrüsten finanziell zu ruinieren, an die

Stelle des Krieges getreten. Die neueste Wendung ist, daß die Landmacht Deutschland den Engländern auf der See entgegentritt, und daß England die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht erwägt, während sich Deutschland in die Notwendigkeit versetzt sieht, eine koloniale Soldtruppe zu schaffen, denn „allgemeine Wehrpflicht und imperialistische Aggressive sind zwei unvereinbare Dinge“; ein nordisches Volk in Waffen zettelt keinen Krieg in Südafrika an. Eine andre Wirkung der Seepolitik besteht darin, daß sie den Krieg noch mehr als bisher kapitalistisch und zu einer Frage der Finanzkraft und des Staatskredits macht, denn der glückliche Ausgang des heutigen Seekriegs hängt weniger von der Menschenzahl und der Tüchtigkeit der Mannschaft als vom Besitz der meisten, größten und besten Kriegsmaschinen ab. In der merkantilistischen Periode haben sich Spanien und Frankreich durch die Leidenschaft der Eroberung zu Grunde gerichtet.

Auch der Neumerkantilismus begründet die Flottenpolitik mit der Notwendigkeit, Absatzgebiete für die Warenausfuhr zu erschließen. Diese Begründung ist falsch. Deutschland brauchte eine starke Kriegsflotte, und daß uns die falsche Begründung dazu verholten hat, war ja gut, aber jetzt, wo wir die Flotte haben, müssen wir uns den Irrtum der Begründung klar machen. Der alte Merkantilismus beruhte auf der Ansicht, daß aller internationaler Handel ein Kampf sei, worin der eine verliert, was der andre gewinnt, und daß ein Staat, um wirtschaftlich fortschreiten zu können, die Konkurrenten aussperren und womöglich vernichten, die Schwächern brutal vergewaltigen und auswuchern müsse. Das heutige England schlägt ganz andre Wege ein [weil seine alten ungangbar geworden sind!]. Es sucht seine Kolonien zu kaufkräftigen Abnehmern seiner Waren zu machen. Es weiß, daß beim Handel beide Teile gewinnen. Ebenso wenig wie mit der Notwendigkeit, den Warenabsatz zu sichern, kann die Flottenverstärkung mit der Zunahme der Bevölkerung begründet werden. „Wäre der Bevölkerungszuwachs ein zwingender Grund, dann müßte der Erwerb von Ackerbaukolonien das Ziel sein. Solcher jedoch liegt der deutschen Politik ganz fern und muß ihr auch für absehbare Zeit fern liegen.“ Sie strebt nach Besitz in den Tropen.

Nicht weniger zu mißbilligen ist es, daß man den Schutzzoll mit der Expansionspolitik in Verbindung zu bringen sucht. Zu Colberts Zeiten waren Schutzzoll und Monopolisierung des Handels mit den Kolonien nötig zur Hebung der Produktionskräfte des Mutterlandes. Außerdem trug damals die Benützung der Kolonien einen ganz andern Charakter als heute. Man preßte ihnen als Tribut Güter ab wie Edelmetall, Seide und Gewürze, die in Europa einen hohen Wert hatten, und bereicherte sich auf diese Weise. Von den Ausbeutungsgebieten mußten natürlich die Konkurrenten mit Waffengewalt ausgesperrt werden. Aber die Raubwirtschaft fand, wie jede Raubwirtschaft, sehr bald ihr natürliches Ende, und der Schutzzoll samt Schädigung der Konkurrenten half dem heimischen Gewerbe nur so lange, als das Mittel Privilegium eines oder zweier Staaten war; sobald es allgemein angewandt wurde, versagte es. Allgemeine Schutzzöllnerei führt entweder zum Kriege aller gegen alle, zum internationalen Rowdytum, oder zu jenem „von Fichte, Carey und

andern als ideal angesehenen" Zustände, wo die Erdoberfläche mit einem Netz chinesischer Mauern bedeckt ist. [Careys Grundgedanke führt keineswegs zur chinesischen Mauer.] Die Seepolitik des Handelskapitals in der Zeit der *merchants adventurers* beweist nicht, daß das heutige Industriekapital in gleicher Weise zur Kriegsflotte drängen müsse. Das Industriekapital ist nicht aggressiv, sondern hat einen Horror vor Tumult und Streit. Die Flotte dient ihm nur dazu, etwaige mutwillige Angriffe abzuwehren. [Woher sollen die aber kommen, wenn in allen Kulturstaaten das friedliche Industriekapital gebietet?] Die Absatzverhältnisse richten sich nicht nach der Flagge, sondern nach dem Preise. [Sehr richtig! Der Export der Vereinigten Staaten steigt trotz zurückgebliebener Kriegs- und Handelsflotte, wie jeder Verständige einsieht, und wie der Stahlkönig Schwab bei seinem jüngsten Besuch in Europa angedeutet hat, deswegen so enorm, weil ihre Industrie auf wohlfeilem und unerschöpflich reichem Boden ohne Lohndrückerei wohlfeiler produzieren und verkaufen kann als die der alten Länder.] Nicht politische Unterwerfung, sondern freier Verkehr schafft das Ventil für etwaige Überproduktion. Von der Ausfuhr Frankreichs gehen nur neun Prozent in seine großen Kolonien, davon die Hälfte nach Algier. In frühern Zeiten war ohne politische Grenzerweiterung die wirtschaftliche, d. h. eine lohnendere Unterbringung der Leute und Fabrikate, nicht möglich; heut ist der Schutz Zoll weder ein geeignetes Mittel zur Verwertung des Kolonialbesitzes, noch die treibende Ursache für den Kolonialerwerb.

Der Imperialismus hat also mit der nationalen Eigenwirtschaft und Isolierung nichts zu schaffen; für Deutschland bedeutet er nur „die militärisch-politische Umwandlung der Land- zur Seemacht.“ Die Ansicht, daß zu dieser Umwandlung die Gefährdung unsers Absatzes durch die drei Weltmächte genötigt habe, ist ebensovienig stichhaltig wie die oben angeführten Begründungen. Die Weltreiche [sein falscher Ausdruck, der richtige ist Weltmächte] Rußland und Amerika sind von ganz andrer Beschaffenheit als das britische Reich. Ihre Politik hat sich bisher immer nur auf Angliederung angrenzender Länder gerichtet. „Dementsprechend wäre für uns die nächstliegende Aufgabe die Ausdehnung unsrer Grenzen durch Angliederung der deutschredenden Teile Rußlands und Österreichs und deren Sicherung durch Besiedlung mit deutschen Kolonisten. Wäre aber eine derartige Kontinentalpolitik geboten, dann dürften wir unsre Mittel und Kräfte nicht durch eine noch daneben aufzunehmende Seepolitik zersplittern, sondern müßten uns auf eine starke Defensivflotte beschränken. Kontinentale Ausdehnung der Grenzen wäre übrigens auch weniger riskant; denn während die Kolonialreiche zerbrechlich und vergänglich sind, überdauern die kontinentalen Staaten die Schicksalsschläge, dies auch aus dem Grunde, weil ihrer Ausdehnung natürliche Grenzen gezogen sind.“ [Die Richtigkeit dieser Ansicht mag dahingestellt bleiben, aber hier handelt es sich um etwas ganz andres, nämlich darum, daß, weil Rußland und Nordamerika protektionistisch sind, jede Ausdehnung ihres Gebiets unsern Absatzmarkt einschränkt.] Die wachsende Ausdehnung des englischen Gebiets aber gefährdet unsern Absatz deswegen nicht, weil das freihändlerische England die Waren-

einfuhr nicht hindert, und weil der allerdings von den englischen Imperialisten gehegte Gedanke, aus dem englischen Reich ein geschlossenes Handelsgebiet zu machen, sich als unausführbar erweisen wird, denn seine Kolonien lassen sich in ihrer Handelspolitik nur vom eignen Vorteil, nicht von der Rücksicht auf das Mutterland leiten.

Will das Deutsche Reich aus seinen Kolonien Nutzen ziehen, so muß es sich das heutige England und Holland zum Muster nehmen. Den Anstoß zur Wendung in der englischen Kolonialpolitik hat der Befreiungskrieg der nordamerikanischen Kolonien gegeben. Unter dem Einfluß der republikanischen Ideen und mit dem Übergang zum Freihandel 1846 entwickelte sich ein Geist der Freiheit und Selbständigkeit, der sich freilich mit dem bürokratisch-militärischen Geiste der Festlandstaaten nicht vereinigen läßt. Die neuen Kolonialstaaten pressen den Kolonien nicht mehr Tribut ab, sondern stecken Geld hinein. Die Belohnung für seine schöpferische Thätigkeit erlangt das Mutterland auf einem Umwege: durch Schaffung rentabler Kapitalanlagen und lohnender Arbeitsgelegenheit, durch Versorgung des jungen Nachwuchses in überseeischen Unternehmungen, durch die Kontrolle über die kolonialen Handelsbeziehungen, Verdingungen, Anschaffungen und Anleihen. Nur durch Hebung der kolonialen Kaufkraft kann das Mutterland seine Kolonien an sich fesseln und ihren Besitz behaupten. Für die moderne Kolonisationstechnik ergeben sich daraus zwei Lehren: daß nicht die Rücksicht auf den Bevölkerungszuwachs, sondern nur die auf den Waren- und Kapitalienexport zur Seepolitik treibt, und daß nicht die Regierungen, sondern nur die privaten Großunternehmer diese Art Kolonisation betreiben können. Die britische Kolonisationskunst läßt sich in die Worte zusammenfassen: *britisches Kapital, britische Weltbeziehungen, englischer Unternehmernut, englische Freiheit und Selbstverwaltung.* Der politischen Herrschaft helfen der Handel, die Reederei und die Bankorganisation den überseeischen Besitz an das Mutterland klammern. „Zugleich hält England sein Gebiet für jede ehrliche Arbeit offen und legt dem Wettbewerb des Auslands kein Hindernis in den Weg. Die Eingebornen, deren berechnete Eigentümlichkeiten nicht angetastet werden, sehen ein, daß sie durch Vertreibung der Engländer nichts gewinnen und manches verlieren würden. Unabhängige Staaten macht England zu seinen Handelsprovinzen. Die Stützen dieses unpolitischen Herrschaftsgebiets sind seine Reederei, der Londoner Geldmarkt, der Liverpoolsche Weltmarkt für Getreide, Baumwolle und andre Rohstoffe, und die ständige Auffrischung der »Überseer« durch einen die Lücken füllenden Nachzug; Hunderttausende wandern alljährlich hinaus als Apostel der englischen Nationalität, als Vertreter der englischen Interessen und als Konsumenten englischer Waren.“ So offenbart sich allmählich in der Erweiterung des Erwerbsgebiets zum Weltmarkt die Harmonie der Interessen; immer allgemeiner wird erkannt, daß die Wohlfahrt der Nationen nicht auf gegenseitiger Übervorteilung und Beraubung, sondern auf gegenseitiger Förderung beruht. Den Unterschied zwischen dem alten Merkantilismus und dem heutigen Imperialismus versteht man, wenn man den weitsehenden Großexport dem in Handelskolonien [bloß dort?] vorherrschenden kaufmännischen

Egoismus gegenüber hält. Noch in den Jahren 1885 und 1887 überwogen die protektionistischen Interessen auch bei der Industrie, sodaß sich diese für solidarisch mit der Landwirtschaft erklärte. Eine solche Sammlung auf dem Boden des erhöhten Zollschatzes wird immer schwieriger. Huber hat 1897 im Jahresbericht der Stuttgarter Handelskammer dargelegt, daß übermäßige Zollerhöhung keine andre Folge haben würde, als daß die ausländische Konkurrenz nach Deutschland einwanderte. „Heute ist unsrer Industrie — im großen und ganzen, von einzelnen Sonderinteressen abgesehen — noch weniger an der Prohibierung des Auslandes gelegen.“

Wie kommt es dann aber, müssen wir fragen, daß nur die Freisinnigen, d. i. die Vertreter eines Teils des Handelskapitals, und die Sozialdemokraten die geplanten Zollerhöhungen bekämpfen, die Freikonservativen und Nationalliberalen, in deren Reihen die Vertreter des Industriekapitals sitzen, zwar nicht die extrem agrarischen Forderungen unterstützen, aber doch mit einer kräftigen Schutzzollpolitik einverstanden sind? Huber stimmt einem Ausspruche Fr. Knapps bei, die Zukunft Deutschlands ruhe nicht mehr in seiner auf Universitäten studierenden oder herumbummelnden Jugend, sondern in seinen Technikern, Industriellen und bessern Handwerkern. Sind diese Träger der zukünftigen Größe Deutschlands blind, oder sind einzelne Glieder in Hubers Gedankenkette schadhast? Widersprüche und Unklarheiten werden die Leser darin finden, ohne daß wir sie darauf aufmerksam machen; wird uns nachgewiesen, daß sie nicht im Buche, sondern in unserm Abriß stecken, so soll uns das lieb sein. Wenn wir das Buch, ohne seinen Wert als Informationsquelle in Frage zu stellen, kritisieren wollten, so würden wir an den Stellen einsehen, wo der Verfasser es für schwierig erklärt, sichere Merkmale des Industriestaats anzugeben und den Zeitpunkt zu bestimmen, wo ein Agrarstaat in den Industriestaat übergegangen ist. (S. 107 bis 108 und S. 126.) Das halten wir gar nicht für schwierig. Ein Staat ist Agrarstaat, wenn die in der Urproduktion thätige Bevölkerung, er ist Industriestaat, wenn die im Gewerbe überwiegt. Dazwischen liegt der „Agrikultur-Manufaktur-Handelsstaat,“ wie ihn List nannte, in dem Urproduktion, Verarbeitung und Austausch einander das Gleichgewicht halten, also der Zustand der Harmonie. Dieser, nicht wie Huber zu glauben scheint der Industriestaat, war das Ideal des „Altmeisters“ List, und diesen Zustand im Wandel der Dinge und trotz wachsender Bevölkerung zu erhalten wäre die höchste Leistung der Staatskunst. In Deutschland ist er zwischen 1860 und 1870 vorhanden gewesen, allerdings nur Land und Volk im ganzen angesehen; im einzelnen war das Ideal nur stellenweise, z. B. in Baden, in einem Teil der Provinz Sachsen, in Mittelschlesien verwirklicht; die einseitig agrarische Entwicklung des nordöstlichen Flügels und der einseitige Industrialismus des Niederrheins enthielten zusammen mit der ungleichen Volksdichtigkeit schon damals den Keim verhängnisvoller Konflikte.

Wir zeigen bei der Gelegenheit noch ein paar andre von den bei uns lagernden volkswirtschaftlichen Schriften an. Der angesehenste unter den von Huber bekämpften Pessimisten ist Professor Adolf Wagner. Er hat vorm

Jahre sein Bedenken gegen übermäßige Industrialisierung in der bei Gustav Fischer in Jena herausgegebenen Schrift entwickelt: Agrar- und Industriestaat. Die Rehrseite des Industriestaats und die Rechtfertigung agrarischen Zollschutzes mit besondrer Rücksicht auf die Bevölkerungsfrage. Von dieser Schrift ist soeben eine zweite, „größenteils umgearbeitete und stark vermehrte“ Auflage erschienen. Daß uns hohe Agrarzölle vor den von einseitig industrieller Entwicklung drohenden Übeln zu schützen vermöchten, glauben wir freilich nicht, sind aber auch nicht leichtsinnig genug, die Symptome der drohenden Übel, z. B. das Stocken der englischen Ausfuhr seit 1872, für das Wagner S. 164 bis 180 den statistischen Beweis bringt, zu unterschätzen. — Bekanntlich sind einige Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie mit der extrem freihändlerischen Haltung ihrer Fraktion nicht einverstanden. Einer von ihnen, der Reichstagsabgeordnete Richard Calwer, hat seine Auffassung in einer Broschüre dar- gelegt (Arbeitsmarkt und Handelsverträge. Frankfurt a. M., Dr. Eduard Schnapper, 1901), von der die Leser gleich nach dem Erscheinen durch die Zei- tungen erfahren haben werden, die aber so verständig und beachtenswert ist, daß wir sie nachträglich noch empfehlen müssen. Der Freihandel, sagt der Verfasser, bedeute, auf dem Weltmarkte den Schwachen der Ausbeutung durch den Starke ausliefern; das sei gegen das Wesen des Sozialismus. Die Sozialdemokratie stehe also dem Protektionismus grundsätzlich näher als dem Freihandel. In der Praxis aber könne sie sich den heutigen Schutzzöllnern, denen es nur um den Vorteil der Unternehmer zu thun sei, nicht ohne weiteres anschließen; sie habe jede Maßregel darauf hin zu prüfen, wie sie auf den Arbeitsmarkt wirkt. Bisher nun habe der Freihandel den Arbeitern mehr genügt als der Protektionismus. Nur eine hoch entwickelte Großindustrie vermöge eine Arbeiterklasse zu schaffen, die stark genug sei, sich politischen Einfluß zu erringen, und die Freihandelsära habe in Deutschland die Industrie mächtig gefördert. Dieser Umstand zusammen mit dem andern, daß zum Schutz- zoll keineswegs im Interesse der Arbeiter übergegangen wurde, habe diese daran gewöhnt, sich in Zollfragen einfach auf den Konsumentenstandpunkt zu stellen. Von diesem aus müßten sie die Erhöhung der Agrarzölle bekämpfen, und wenn er auch glaube, daß die Berechnungen der drohenden Brotverteuerung stark übertrieben seien, so sei er doch in diesem Punkte mit seinen Partei- genossen vollkommen einig. Eine Verteuerung der Fabrikate durch Schutzzölle schade den Arbeitern viel weniger, weil auf Industrieerzeugnisse nur etwa 20 Prozent des Arbeitereinkommens verwandt würden, während die Ernährung über 60 Prozent verschlinge. Wenn also die Arbeiter die Zollerhöhungen bekämpften, so thäten sie es aus andern Gründen als die Freihändler. Diese schöpften aus lebhaften Umsätzen auf dem Geld- und Warenmarkt ungeheure Gewinne und wollten deshalb alle Hindernisse des Warenverkehrs beseitigen. Aus diesem ganz ungehinderten Umlauf aber erwüchsen den Arbeitern die größten Nachteile. Denn bei ganz freier Konkurrenz müßte jeder Staat fürchten, durch ausreichenden Arbeiterschutz und anständige Arbeiterversicherung seine Waren zu verteuern und seinen Export zu gefährden. Dessen Erhaltung und Ausdehnung liege zudem im Interesse der Arbeiter, denn so wünschens-

wert die Kräftigung des innern Marktes sei, dürfe man doch nicht darauf rechnen, daß er in absehbarer Zeit die Ausfuhr entbehrlich machen werde. Namentlich die auf natürlichen Grundlagen ruhende wirtschaftliche Übermacht der Vereinigten Staaten bedrohe die deutsche Industrie sehr ernstlich. Deren Abwehr durch Zollschutz sei auch im Interesse der Arbeiter geboten. Sie werde um so leichter gelingen, je größer das Gebiet sei, auf das sich das Absatzrisiko verteile, und es sei deshalb ein europäischer Zollbund anzustreben. Daß die extremen Forderungen der Agrarier die zur wirtschaftlichen Annäherung der europäischen Staaten führenden Handelsverträge gefährdeten, sei ein noch stärkerer Grund zu ihrer Bekämpfung als die Brotverteuerung; gegen diese müßten sich die Arbeiter freilich auch wehren, weil ihnen niemand weder die verheißene Lohnerhöhung noch die von einer solchen zu erwartende Kräftigung des innern Marktes verbürge.

Nachdem die Thatfachen des Wirtschaftslebens schon längst bis zum Überdruß durchgesprochen sind, bemühen sich die Gelehrten, dadurch einige Abwechslung in die Diskussion zu bringen, daß sie mehr und mehr die Thatfachen auf Begriffe zurückführen und immer feinere Netzwerke solcher Begriffe flechten und weben. Ein solcher Begriffsweber ist der Dr. jur. A. Nordenholz, der in seiner Allgemeinen Theorie der gesellschaftlichen Produktion (München, C. F. Beck, 1902) in der Sonderung und Verknüpfung der Begriffe großen Scharfsinn und eine feine Hand bewährt. Der Student kann daraus lernen, wie man Erfahrungen der gemeinen Wirklichkeit in wissenschaftlicher Sprache ausdrückt. Jedermann kennt die Anekdote, wie Ludwig Devrient einmal einen Maurer sich zum Schnupfen anschicken sah, wie er wettete, er werde mit einer erst zu bestellenden Flasche Champagner eher fertig werden, als der Maurer mit seiner Priße, und wirklich die Wette gewann. Seitdem hat die Bummelei aufgehört; die Maurer arbeiten fix, sind aber dafür Sozialdemokraten geworden. Solche und ähnliche Erfahrungen, die wir nicht bloß in der Produktion, sondern auch im Beamten- und Schülerleben machen, drückt der Verfasser in den Sätzen aus: „Die Widrigkeit [der Arbeit] wächst nicht proportional mit der in die Erscheinung tretenden Arbeitsmenge, sondern in verstärktem Maße. Demnach löst sich die kontinuierliche Arbeit, in ihrer Rückwirkung auf den Arbeiter, in eine ansteigende Reihe willenswidriger Effekte auf. . . . Umgekehrt wird in gewissen Grenzen die Widrigkeit der Arbeit und das Ansteigen ihrer Reihe durch zeitliche Auseinanderziehung oder Verlangsamung der Arbeit abgeschwächt.“ Am meisten praktischen Wert scheinen uns die Abschnitte über die gesellschaftliche Selbstausbeutung („Verlegung des Exploitationsgebiets aus der Außenwelt in die Gesellschaft“) und über die Nachteile der Privilegien des Grundbesitzes zu haben; der Verfasser neigt der Freilandtheorie von Herßka zu.

Warenwert und Kapitalprofit, eine Einführung in das Studium der politischen Ökonomie von Wilhelm Hohoff (Paderborn, Junfermann, 1902) verdient deswegen Beachtung, weil der Verfasser ein katholischer Pfarrer ist, der Karl Marx als den größten Nationalökonom verehrt und zur Verbreitung dieser seiner Ansicht schon viel geschrieben hat. In der vorliegenden Schrift sucht er nachzuweisen, daß Marx mit seiner Werttheorie zu einer alten

Wahrheit zurückgekehrt ist, die Aristoteles und die Scholastiker gelehrt haben, und daß sein Materialismus ein Abfall von seinen eignen philosophischen Grundanschauungen sei. Für gelungen halten wir den Nachweis, daß nicht die Marx'sche Werttheorie einer Tendenz entsprungen ist, sondern daß die neuern Werttheorien, wie die Böhm-Bawerk'sche, diesen Vorwurf verdienen; denn die bürgerlichen Nationalökonomien sind sich seit Adam Smith ziemlich klar darüber gewesen, daß nur die Arbeit, soweit kein Monopol ins Spiel kommt, Tauschwert erzeugt, und erst, seitdem Marx Einfluß gewonnen hat, suchen sie diese Wahrheit mit allerlei Redensarten zu verschleiern. Weniger überzeugend wird der Nachweis wirken, daß Marx weder das Recht auf den vollen Arbeitsertrag fordert, noch mit seiner Wertlehre zum Umsturz einladen will, noch die übrigen wertbildenden Umstände vernachlässigt, noch den Kapitalprofit für unberechtigt erklärt. Zwar die Stellen, die Hohoff aus dem „Kapital“ anführt, sind schlagend, aber in seiner Gesamtheit macht dieses dreibändige Werk einen andern Eindruck als die paar von Hohoff angeführten Stellen, über die man unter dem überwiegenden Einfluß andersgearteter leicht hinwegliest. Auch der sehr ruhige und objektive Schmoller hat erst dieser Tage (in der Sozialen Praxis vom 1. Mai) Marx vorgeworfen, daß er die wertbildende Kraft der geistigen Arbeit des Unternehmers unterschätze, was Hohoff ebenfalls leugnet. Daß der Wert, wie Hohoff mit vielen angesehenen Nationalökonomien lehrt, das wichtigste Problem der ganzen Volkswirtschaftswissenschaft sei, kann man nur für die rein theoretische Behandlung dieser Wissenschaft zugeben; für die volkswirtschaftliche Praxis sind andre Fragen, z. B. die Frage der Bodenbeschaffung bei wachsender Bevölkerung, wichtiger. Hohoff wird einwenden, solche Fragen gehörten gar nicht in die Wissenschaft, sondern in die Politik; aber es ist doch wohl auch Aufgabe der Wissenschaft, den Leuten klar zu machen, daß der Mensch weder in der Luft arbeiten noch aus der Luft Werte schaffen kann, woran zu denken in den vierten Stockwerken großstädtischer Miethäuser sowohl die Arbeiter wie die Gelehrten leicht verlernen.



Musikalische Zeitfragen

Von Hermann Krehschmar

3. Der Musikunterricht in der Volksschule und auf den höhern Lehranstalten



Die Forderung, das gesamte Volk für die bildende Kunst zu erziehen, schon der Schuljugend den Blick für Schönheit und Wesen der äußern Welt zu schärfen, ist erst in neuerer Zeit aufgestellt worden. Für die Musik dagegen tritt die Schule schon seit alters ein; sie genießt einen Vorzug, für den ihre Vertreter und Freunde dem Staat und den Behörden unter allen Umständen Dank schuldig sind. Deutschland hat wie mit seinem gesamten Bildungswesen auch mit der musi-